

20.04.2018

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**

zu dem Antrag  
der Fraktion der SPD  
- Drucksache 17/816 -

**Wohnraumangel braucht mehr Wohnungen statt sozialen Wohnungsbau gegen  
Eigenheimförderung auszuspielen**

**Berichterstatter:**

Abgeordneter Kämmerling

### **Beschlussempfehlung**

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/816 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 20.04.2018 /Ausgegeben: 23.04.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## Bericht

### A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD „Wohnraummangel braucht mehr Wohnungen statt sozialen Wohnungsbau gegen Eigenheimförderung auszuspielen“ (Drucksache 17/816) wurde am 12. Oktober 2017 vom Plenum an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zur Beratung überwiesen. Der Haushalts- und Finanzausschuss beschäftigt sich mitberatend hiermit.

### B Inhalt des Antrags

Mieten in den Ballungsräumen sind auf der einen in den letzten Jahren deutlich angestiegen, während der Mangel an neuem Wohnraum auf der anderen Seite nicht behoben werden konnte. Daher hat die Landesregierung in den vergangenen Wahlperioden diverse Programme aufgelegt, um den sozialen Wohnungsbau zu stärken. Nunmehr plant die Landesregierung, verstärkt auf Eigenheimförderung zu setzen.

Daher soll der Landtag - so die antragstellende Fraktion der SPD - feststellen:

- „
- *Die Soziale Wohnraumförderung des Landes dient der Wohnraumversorgung der Menschen, die sich am Markt nur sehr schwer mit bezahlbarem Wohnraum versorgen können.*
  - *Sie hilft denen, die der Hilfe bedürfen und sie hilft dort, wo Hilfe gebracht wird.*
  - *In den Ballungsräumen fehlen Wohnungen. Auf dem Land stehen viele Wohnungen leer.*
  - *Es fehlen vor allem Wohnraumangebote für Geringverdienende und Normalverdiener. Nordrhein-Westfalen braucht vor allem Mietpreis gebundenen Geschosswohnungsbau zur Bekämpfung der Wohnungsnot in den Städten und den verdichteten Ballungsräumen unseres Landes.*
  - *Eine Ausweitung der bisherigen Eigentumsförderung ist nicht erforderlich, weil die heute bereitgestellten Fördervolumina nicht ausgeschöpft werden.*
  - *Fehlgeleitete Eigentumsförderung auf der grünen Wiese führt zu unnötigem Flächenverlust, zu mehr Pendlerverkehr und in vielen Fällen zu erheblichem Wertverlust der Immobilie.*
  - *Eigentumsförderung muss auch weiterhin sinnvoll und sozial ausgerichtet sein: als Instrument der Stadtentwicklung für Lückenschlüsse und Bestandserwerb mit energetischer Sanierung.“*

Ferner soll der Landtag auf Wunsch der antragstellenden Fraktion die Landesregierung auffordern,

- „
  - *den Mietpreis gebundenen Geschosswohnungsbau auch zukünftig prioritär zu fördern und dabei die Regionen mit stark wachsendem Wohnraummangel besonders in den Blick zu nehmen;*
  - *die Förderrichtlinien weiter zu evaluieren und fortzuentwickeln;*
  - *die Finanzquellen für die Förderangebote bei der NRW.BANK sowie beim Bund zu sichern;*
  - *die erfolgreichen Regionalkonferenzen zur Einbeziehung der Kreisfreien Städte und Landkreise in die gesamtgesellschaftliche Aufgabe des Mietwohnungsbaus fortzusetzen;*
  - *das von der ehemaligen rot-grünen Landesregierung initiierte „Bündnis für Bezahlbares Wohnen“ konstruktiv fortzusetzen und weitere Partner dazu zu gewinnen;*
  - *die von der ehemaligen rot-grünen Landesregierung initiierte „Wohnungsbauoffensive“ konstruktiv fortzusetzen und weitere Partner dazu zu gewinnen;*
  - *die bewährte Eigentumsförderung vor allem als Instrument der Stadtentwicklung für Lückenschlüsse und Bestandserwerb mit energetischer Sanierung zu erhalten und fortzuentwickeln;*
  - *von einer ideologisierten und bedarfsfernen Eigentumsförderung auf „der grünen Wiese“ Abstand zu nehmen und sich der sozialen Realität im Land zu stellen. „*

**C      Beratungsverfahren**

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich mit dem Antrag seiner Sitzung am 10. November 2017 beschäftigt und sich bei dieser Gelegenheit auf eine Anhörung von Sachverständigen verständigt. Daher wurden am 23. Februar 2018 folgende Experten gehört:

eingeladen	Stellungnahme
Helmut Dedy Städtetag Nordrhein-Westfalen, Köln	<b>17/343</b>
Dr. Bernd-Jürgen Schneider Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	

<b>eingeladen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Martin Dornieden BFW Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf	<b>17/327</b>
Silke Gottschalk Deutscher Mieterbund Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf	<b>17/272</b> <b>17/378</b>
Erik Uwe Amaya Haus & Grund Rheinland, Düsseldorf	<b>17/356</b>
Ingo Frömbling GAG Immobilien AG, Köln	<b>nein</b>
Lutz Pollmann Baugewerbliche Verbände NRW, Düsseldorf	<b>17/319</b>
Prof. Dr. Michael Voigtländer Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln	<b>17/323</b>
Alexander Rychter Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland-Westfalen, Düsseldorf	<b>17/338</b>
Sabine Kubitza Bielefelder Gesellschaft für Wohnen und Immobiliendienstleistungen mbH, Bielefeld	<b>17/362</b>

<b>WEITERE STELLUNGNAHMEN</b>	
Achim Hannott und Georg Lange Bundesverband Deutscher Fertigbau (BDF), Bad Honnef	<b>17/375</b>
Prof. Beate Wiemann Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf	<b>17/384</b>

(vgl. Ausschussprotokoll 17/186).

**D Abstimmung**

- Mitberatung  
Der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss hat sich in seiner Sitzung am 19. April 2018 abschließend mit dem Antrag befasst. Er wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.
- Federführung  
Am 20. April 2018 tagte der federführende Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen letztmalig zum Thema. Anschließend wurde der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Stefan Kämmerling  
- Vorsitzender -